

Jetzt Inhalte wählen.

Landesprogramm
Oberösterreich

JUNOS
SCHÜLER:INNEN

Präambel

Politisch ändert sich in Österreich aktuell vieles, aber auf eine Gruppe der Gesellschaft hört die Politik selten, uns Schüler:innen. Wir, JUNOS Schüler:innen, sind stätig an Veränderung im Bildungssystem interessiert.

Religiöse Mündigkeit

In Österreich gibt es die Religionsfreiheit. Diese „Freiheit“ kann aber gerade von jungen Schüler:innen nicht gelebt werden. Beim Eintritt in die Sekundarstufe I sind die meisten Schüler:innen noch nicht dazu bereit, sich eine umfassende Meinung über die verschiedensten Glaubensrichtungen zu bilden. Deshalb ist es unverständlich, dass dennoch die meisten von jenen in den Religionsunterricht geschickt werden. Viel sinnvoller wäre es an dieser Stelle nicht den Religionsunterricht, sondern den Ethikunterricht verpflichtend zu machen. Ab dem 14. Lebensjahr soll dann selbst entschieden werden, ob der Religionsunterricht, der Ethikunterricht, oder keiner von beiden besucht wird.

Auslandsaufenthalte

Bildungsreisen, um die EU besser kennenzulernen, passieren leider oft zu selten. Viele Schüler:innen können eine solche Reise in ihrer schulischen Laufbahn nicht genießen. Dies muss sich sofort ändern. Über die Vorteile und Möglichkeiten in der EU muss gesprochen werden, genauso wie über die EU-Politik. Und wo geht das besser als dort wo die Gesetze entstehen? - In Brüssel. Daher fordern wir eine verpflichtende Brüssel Reise für jede:n Schüler:in in ihrer:seiner Schullaufbahn. Um dies zu ermöglichen, fordern wir auch eine:n Erasmusbeauftragte:n in jeder Schule, der:die sich um die Organisation solcher Reisen kümmert.

Oftmals scheitern geplante Reisen derzeit am hohen organisatorischen Aufwand und der geringen Wertschätzung für die Lehrkräfte, die sich dieser Aufgabe annehmen. Um die Organisation zu erleichtern, fordern wir folgende Maßnahme: Lehrkräfte sollen für den hohen zeitlichen Aufwand zusätzlich entlohnt werden, um finanzielle Anreize für Auslandsaufenthalte zu schaffen, und Leistung zu belohnen! Diese Mittel müssen den Schulen vom Bund extra zur Verfügung gestellt werden, um die ohnehin schon strapazierten Budgets der Schulen zu schonen.

Medienbildung

Zurzeit sind Instagram, Tiktok, etc. populärer denn je und Print-Medien werden gerade von jungen Menschen nicht mehr genutzt. Ein solcher Wandel kann nicht ohne Aufklärung funktionieren. Es muss Schüler:innen jetzt umso mehr Grundwissen über Medien vermittelt werden. Auch über Meinungsfreiheit und Fake News muss aufgeklärt werden.

Dies alles muss passieren um Schüler:innen einen sicheren Umgang mit Medien zu lernen, und um Hass gerade in Sozialen Medien vorzubeugen

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren zunehmend Einzug in alle Lebensbereiche gefunden. Auch in der Bildungspolitik gibt es immer mehr Bestrebungen, den Unterricht durch digitale Medien zu unterstützen und zu bereichern. Wir sind der Meinung, dass die Digitalisierung in der Bildungspolitik eine große Chance darstellt, und fordern daher folgende Maßnahmen:

Die Lehrkräfte müssen für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ausgebildet werden. Sie sollten in der Lage sein, digitale Medien sinnvoll einzusetzen und Schüler:innen im Umgang damit zu unterstützen. Dies setzt eine gezielte Aus- und Weiterbildung voraus.

- Wir fordern eine gezielte Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Medien.

Digitale Infrastruktur: Um digitale Medien im Unterricht nutzen zu können, ist eine entsprechende Infrastruktur notwendig. Dazu gehören Smart Boards, Laptops oder Tablets. Auch eine schnelle und stabile Internetverbindung ist unerlässlich.

- Wir fordern eine angemessene digitale Infrastruktur an allen Schulen.

KI: Künstliche Intelligenz (KI) kann im Unterricht eingesetzt werden, um Schüler:innen zu unterstützen und den Lernprozess zu verbessern. AI kann beispielsweise personalisierte Lernangebote erstellen oder bei der Auswertung von Tests helfen.

- Wir fordern den gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Unterricht.

Digitale Selbstverantwortung: Im Umgang mit digitalen Medien ist es wichtig, dass Schüler:innen lernen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Dazu gehören der Schutz der eigenen Daten, das Vermeiden von Cybermobbing und ein kritischer Umgang mit Inhalten aus dem Internet.

- Wir fordern eine gezielte Förderung der digitalen Selbstverantwortung bei Schüler:innen.
-

Einbindung von Geräten in den Unterricht, Nein zu Handyverboten: Gerade in der heutigen Zeit sind Smartphones aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Statt ein generelles Handyverbot auszusprechen, sollten Schulen den gezielten Einsatz von Geräten im Unterricht fördern.

Dadurch können Schüler:innen sinnvoll und produktiv mit digitalen Medien umgehen lernen.

- Wir fordern die Einbindung von Geräten in den Unterricht und lehnen ein generelles Handyverbot ab.

Wirtschafts- und Finanzbildung

Wirtschaft und Finanzen sind wichtige Themen, die uns alle betreffen. Schüler:innen müssen daher bereits in der Schule Wissen und Fähigkeiten erwerben, die ihnen helfen, in der Arbeitswelt erfolgreich zu sein und ihre persönlichen Finanzen im Griff zu haben. Wir, die JUNOS Schüler:innen, fordern daher folgende Maßnahmen:

Perspektiven schaffen: Um in der Arbeitswelt erfolgreich zu sein, ist es wichtig, frühzeitig Perspektiven zu entwickeln und Ziele zu setzen. Dazu gehört auch eine realistische Einschätzung der eigenen Stärken und Schwächen sowie eine Überlegung, welche beruflichen Anforderungen man erfüllen muss, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

- Wir fordern eine frühe Unterstützung bei der Entwicklung von Perspektiven und der Setzung von Zielen.

Alltagswissen: Neben der Vermittlung von Fachwissen sollten Schüler:innen auch praktisches Alltagswissen erwerben. Dazu gehören beispielsweise Kenntnisse über Verträge, Steuern und rechtliche Grundlagen. Auch das Verständnis für den Umgang mit Geld, Krediten und Investitionen sollte frühzeitig vermittelt werden.

- Wir fordern eine gezielte Vermittlung von Alltagswissen zu Verträgen, Steuern, Recht und Finanzen in der Schule.

Politische Aufklärung

Politische Aufklärung spielt eine zentrale Rolle in einer demokratischen Gesellschaft, da sie politische Ignoranz bekämpft, die Beteiligung der Schüler:innen am politischen Leben steigert und die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft schafft. In Österreich wird politische Bildung jedoch oft vernachlässigt, was zu einer Bildungslücke führt. Um politische Aufklärung voranzutreiben, sollten Schüler:innen die Möglichkeit haben, das Parlament und den Landtag zu besuchen, um einen einfachen Zugang zur Politik zu bekommen. Dabei sollten sie nicht nur Reden von Abgeordneten anhören, sondern auch die Chance haben, direkten Kontakt mit ihnen zu haben und über den politischen Alltag zu sprechen. Des Weiteren sollten Schüler:innen vor Wahlen Zugang zu den Programmen der antretenden Parteien haben, um eine informierte Entscheidung treffen zu können.

Dies könnte durch die Bereitstellung von "Fact Sheets" von den Bildungsdirektionen oder durch die Organisation von Podiumsdiskussionen erreicht werden, um den Schüler:innen die Parteienlandschaft, die Programme und den demokratischen Diskussionsprozess näherzubringen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der politischen Bildung ist das Unterrichtsfach "Politische Bildung". Derzeit steht jedoch oft der Geschichtsteil im Vordergrund, während politische Bildung erst spät im Lehrplan auftaucht. Es ist wichtig, das Fach "Politische Bildung" vom Fach "Geschichte" zu trennen, um eine umfassende Bildung und Bewusstsein über politische Themen zu gewährleisten.

Politische Aufklärung ist auch die Förderung der Meinungsfreiheit. Schüler:innen sollten ermutigt werden, ihre Meinungen frei zu äußern und an politischen Diskussionen teilzunehmen, auch wenn ihre Meinungen von den Meinungen anderer abweichen. Dies fördert kritisches Denken und ermöglicht es den Schüler:innen, ihre eigenen Standpunkte zu entwickeln und zu vertreten.

Insgesamt ist politische Aufklärung von großer Bedeutung, um die politische Ignoranz zu bekämpfen, die politische Beteiligung zu fördern und die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Schüler:innen sollten die Möglichkeit haben, das Parlament und den Landtag zu besuchen, Zugang zu den Programmen der antretenden Parteien zu haben, ein eigenständiges Fach "Politische Bildung" zu haben und ihre Meinungen frei äußern zu können. Es ist wichtig, politische Aufklärung als integralen Bestandteil der Bildung von jungen Menschen zu betrachten, um eine aktive und informierte Bürgerschaft zu fördern.

Transparenz

Immer wieder passiert es, dass Schüler:innen mit ganz klaren Forderungen in die LSV gewählt werden, diese aber oft nicht umsetzen. Dies liegt an mangelnder Transparenz. Für uns Schüler:innen ist es schlichtweg unmöglich nachzuvollziehen woran die LSV arbeitet und ob sie ihrem Auftrag - der gesetzlichen Vertretung aller fast 200.000 Schüler:innen Oberösterreichs - adäquat nachkommt.

Daher fordern wir, dass:

- jede:r Landesschüler:innenvertreter:in am Ende der Periode einen Jahresbericht veröffentlicht, indem die Person erklärt welche Tätigkeiten sie ausgeführt hat und wie sie zur Vertretung der Schüler:innen beigetragen hat.
- eine Projektampel eingeführt wird, mittels jener man online einsehen kann, an welchen Projekten die LSV arbeitet, gearbeitet hat, arbeiten wird und welchen Status diese haben.
- die LSV ihre Finanzeinkünfte und die Verwendung ihres Budgets online transparent offenlegt.